

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886846 ppbr d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB bewertet die Ergebnisse der Sitzung des Europäischen Rats in Luxemburg: Keine erfolversprechenden Signale.

Seite 1

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB erläutert die SPD-Vorschläge zur Behandlung der politischen Opfer des SED-Regimes: Die Opfer des Stalinismus rehabilitieren.

Seite 2

Edelgard Bulmahn MdB kritisiert die Forschungspolitik der Bundesregierung: Die Bundesregierung spart die Forschung kaputt.

Seite 5

Herbert Berneitinger kommentiert die jüngsten Umfrageergebnisse für die rheinland-pfälzische Landesregierung: Viel Vertrauen für die Regierung Scharping.

Seite 8

46. Jahrgang / 122

1. Juli 1991

Europäische Politische Union - keine erfolversprechenden Signale vom Europäischen Rat in Luxemburg

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB

Der Europäische Rat in Luxemburg am Freitag/Samstag vergangener Woche stand ganz im Zeichen der dramatischen Ereignisse in Jugoslawien. Von einer zu Recht um den Frieden und die Demokratie in Südosteuropa besorgten Öffentlichkeit nahezu unbenutzt, nahmen die EG-Staats- und Regierungschefs aber auch Stellung zum Stand der beiden EG-Regierungskonferenzen, auf denen die Europäische Politische Union und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion vorbereitet werden. Dies hatte - vor der Zuspitzung in Jugoslawien - eigentlich das bestimmende Thema des EG-Gipfels sein sollen.

Bestätigt als Grundlage für die weiteren Beratungen wurde von den EG-Staats- und Regierungschefs der erst gut eine Woche zuvor von der luxemburgischen EG-Präsidentschaft vorgelegte Vertragsentwurf für Politische Union und Wirtschafts- und Währungsunion. An ihm hatte sich indes beim vorbereitenden EG-Außenministertreffen am 23.6.91 bereits gezeigt, wie weit die Vorstellungen der Mitgliedstaaten zum großen Teil noch auseinanderliegen. Gerade deshalb mußte von der Gipfelzusammenkunft eine substanzreiche Orientierungsdebatte mit grundlegenden Entscheidungen erwartet werden.

Bestätigt wurde in Luxemburg am Wochenende allerdings auch die Absicht, beim nächsten Europäischen Rat in Maastricht im Dezember dieses Jahres den endgültigen Beschluß über den neuen Vertragstext zu fassen. Nur wird das nach dem dünnen Ergebnis von Luxemburg keineswegs leichter. Es besteht jetzt um so mehr Anlaß für die Befürchtung, daß unter Rücksichtnahme auf den Zeitplan ein Beschluß resultiert, der den Namen Politische Union mitnichten verdient.

Erst in der Schlußphase der Arbeiten der Konferenz will man sich den brisanten Fragen einer verteidigungspolitischen Zusammenarbeit widmen. Gerade dieser Bereich wie überhaupt die zukünftige europäische Sicherheitspolitik insgesamt bedarf jedoch vertiefter Erörterung sowohl in den nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament als auch in den nationalen Parlamenten und im Europäischen Parlament als auch in der Öffentlichkeit.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Presseförderer
zur Herstellung des
Recycling-Papiers



Das Versteckspiel der Bundesregierung geht mit den Schlußfolgerungen von Luxemburg weiter. Alles andere als entkräftet ist die Befürchtung der Sozialdemokraten, daß die Bundesregierung die unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden EG-Institutionen benutzen will, um auf dem Umweg über Europa eine Sicherheitspolitik festzuzurein, für die sie in der Bundesrepublik keine Mehrheit und keine verfassungsrechtliche Basis hat. Vertreter der Bundesregierung wie der Koalitionsfraktionen waren oft genug mit der Forderung zu vernehmen, im Rahmen einer EG-Sicherheitspolitik sollten deutsche Soldaten an militärischen Kampfeinsätzen außerhalb des Bündnisses beteiligt werden. Wir werden der Bundesregierung bei solchen Absichten unterschiedenen politischen Widerstand entgegensetzen.

Im Rahmen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik muß sichergestellt sein, daß die Politische Union eine restriktive Waffenexportpolitik betreibt, wie sie im Deutschen Bundestag gefordert wird, damit zukünftig Waffenexporte aus den Mitgliedstaaten in Drittländern verhindert werden. Was die EG-Staats- und Regierungschefs hierzu in Luxemburg als gemeinsame Erklärung verabschiedet haben, ist aus meiner Sicht total unakzeptabel. Die vom Europäischen Rat für eine künftige europäische Waffenexportpolitik genannten Kriterien wie u.a. "Erhaltung der regionalen Stabilität" und "Sicherheit befreundeter Länder" hätten jederzeit Rüstungsexporte an den Irak gedeckt. Deshalb werden auch diese Festlegungen des EG-Gipfels auf unseren scharfen Widerstand treffen.

Die demokratische Legitimation einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durch umfassende Beteiligung des Europäischen Parlaments muß ebenso zentral sein wie die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments in allen anderen Politikbereichen. Im luxemburgischen Entwurf sind nach wie vor die Mitemscheidungsrechte des Europäischen Parlaments bei der EG-Gesetzgebung, bei der Wahl der EG-Kommission und in den neuen Politikbereichen der Gemeinschaft völlig unzureichend. Ohne eine substantielle Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments ist ein "Ja" zum geplanten Vertrag über die Politische Union nicht zu verantworten.

Die soziale Dimension der europäischen Integration ist ein weiteres Thema, das Sozialdemokraten besonders am Herzen liegt. Die Schlußfolgerungen des Luxemburger EG-Gipfels zur Sozialpolitik im Rahmen der Politischen Union sind mehr als dürftig. Der Verweis auf nationale Gepflogenheiten und Traditionen führt uns nicht weiter. Die Schaffung des sozialen Europa ist neben der Wahrung parlamentarischer Kontrolle der zweite Maßstab, an dem Sozialdemokraten ihre Haltung zu den Ergebnissen der Regierungskonferenzen ausrichten werden.

Unter diesen Blickwinkeln war Luxemburg für uns kein Meilenstein, sondern vielmehr eine Wegmarke auf dem fortgesetzten Zickzack-Kurs der Regierungen der Mitgliedstaaten mit dem erklärten Ziel, aber nicht immer wirklich in der Richtung einer Europäischen Politischen Union.

(-/1.7.1991/st/fü)

Die Opfer des Stalinismus rehabilitieren
Zu parlamentarischen Initiativen der SPD-Fraktion

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende

"Die Rehabilitierung von Personen, die im Widerspruch zu verfassungsmäßig garantierten Grund- und Menschenrechten strafrechtlich verfolgt, diskriminiert oder in anderer Weise in ihren Rechten schwerwiegend beeinträchtigt wurden, ist ein wesentliches Element der Politik zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft, des Staates und des Rechts". So steht es im Rehabilitierungsgesetz der Volkskammer. Diese Verpflichtung nehmen wir ernst. Die zügige Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus und des SED-Unrechtsregimes ist erforderlich, um

die Aussöhnung im geeinten Deutschland zu fördern und den demokratischen Neubeginn in den Bundesländern zu ermöglichen.

Unsere Initiativen:

- Antrag vom 24. Oktober 1990 (Inhalt: Einbeziehung der beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitation und Berücksichtigung des Besatzungsunrechts)
- Von der Regierungskoalition abgelehnt
- Große Anfrage vom 27. Februar 1991 (Inhalt: Fragen zur Bedeutung der Rehabilitation, zur Situation der Rehabilitationsbemühungen im geeinten Deutschland und zu den Kosten, Verfahrensfragen sowie Fragen zur Rehabilitation der von der sowjetischen Besatzungsmacht zu Unrecht Internierten und der aus politischen Gründen von sowjetischen Militärgerichten Verurteilten)
- Bundesjustizminister Kinkel hat zugesagt, die Große Anfrage bis Mitte August 1991 zu beantworten
- Antrag vom 13. Mai 1991 mit unserem Konzept für eine Neuordnung des Rehabilitationsrecht:

Sofortiger Handlungsbedarf

- Anpassung der nach dem Häftlingsgesetz vorgesehenen Leistungen an die heutigen Lebensverhältnisse (mindestens 20 DM pro Hafttag und Härteregeleung)
- Beseitigung der Mängel an Übersichtlichkeit und Systematik der vorhandenen Regelungen (Zuständigkeit, Zusammenführung von Kassations- und Rehabilitationsverfahren, Ausgleich von Geldstrafen)

Nach Beantwortung der Großen Anfrage

- Erneute Novellierung des Rehabilitationsgesetzes im Herbst 1991 mit dem Ziel, die verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitation zu ermöglichen und diejenigen einzu-beziehen, die in der ehemaligen SBZ von sowjetischen Besatzungsmächten inhaftiert, interniert oder verurteilt worden sind.

Der Antrag ist an die zuständigen Ausschüsse überwiesen worden.

Die Position der Bundesregierung

Die Federführung für Fragen der Rehabilitation obliegt Bundesjustizminister Kinkel. Dieser bereitet einen Regierungsentwurf vor, der dem Kabinett am 3. Juli 1991 zur Beratung und Beschlusfassung vorgelegt werden soll.

Eckdaten dieses Vorab-Regierungsentwurfs:

- Die Verfahrensvorschriften werden handhabbar gemacht, Entlastungen der Rehabilitationsenate vorgesehen, das Rechtsmittelverfahren wird erleichtert und der Ausgleich von Geldstrafe wird endlich vorgesehen.
- Kassations- und Rehabilitationsverfahren werden zusammengeführt mit der Folge, daß es künftig nur noch Rehabilitationsverfahren geben wird.
- DDR-Strafrichter und -Staatsanwälte sind zukünftig grundsätzlich als Rehabilitationsrichter ausgeschlossen.
- Im Vergleich zum HGG werden deutlich höhere Geldleistungen angestrebt. Die erhöhten Sätze soll jedoch nur der geltend machen können, der bis zum 18. Mai 1990 keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im alten Bundesgebiet hatte (Stichtagsregelung).

Unsere Bewertung

Damit ist die Bundesregierung grundsätzlich auf unser Konzept zur Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus und des SED-Unrechtsregimes eingeschwenkt (sofort Reparaturgesetzgebung, Erhöhung der Haftsätze - allerdings konkreter Betrag immer noch nicht benannt - sowie Ausgleich von Geldstrafen; sodann auf der Basis der Antwort unserer Großen Anfrage erneute Novellierung, um die berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung zu ermöglichen).

Dies ist insbesondere im Interesse der hochbetagten Opfer nachdrücklich zu begrüßen.

Die in Aussicht genommene Stichtagsregelung und die damit verbundene unterschiedliche Behandlung der Opfer West und der Opfer Ost lehnen wir ab und zwar aus folgenden Gründen:

- Gleiches Leid wird unterschiedlich ausgeglichen; dies führt zu 2 Klassen von politischen Häftlingen und zu einer erneuten Spaltung in Ostdeutsche und Westdeutsche. Es behindert damit das Zusammenwachsen, wird Artikel 17 des Einigungsvertrages ("bekräftigen ihre Absicht, daß unverzüglich eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen wird, daß alle Personen rehabilitiert werden können, die Opfer...") nicht gerecht und ist verfassungsrechtlich bedenklich.
- Die Entschädigung für enteignete Grund- und Hausbesitzer der ehemaligen DDR wird nicht davon beeinflusst, wo sie zu einem bestimmten Stichtag ihren Wohnsitz hatten. Gleiches sollte für den Ausgleich für Schäden an Leib, Leben und Gesundheit gelten.
- Wegen der politischen Glaubwürdigkeit müssen wir auch den Opfern West eine Entschädigung zubilligen. So heißt es in der Begründung des Regierungsentwurfs eines 2. Änderungsgesetzes HHG vom 21.5.1955 (Drucksache 3/1111, S. 4 ff.): "Den politischen Häftlingen ist eine im Rahmen des Möglichen und Vertretbaren liegende Überbrückungs- und Starthilfe zu geben, ohne einer abschließenden Regelung aller mit den erlittenen Schäden und Verlusten zusammenhängenden Fragen durch den gesamtdeutschen Gesetzgeber vorzugreifen... Die endgültige Wertung der vom Sowjetsystem verhängten politischen Haft ist der gesamtdeutschen Gesetzgebung vorbehalten. Das Häftlingengesetz der Bundesrepublik ist bewußt eine vorläufige, nicht der Entschädigung, sondern der Starthilfe für eine soziale und wirtschaftliche Eingliederung dienende provisorische Regelung."

Unser Gegenmodell:

1. Alle politischen Opfer, einschließlich der in der Besatzungszeit verfolgten, müssen in die von Artikel 17 geforderte Entschädigungsregelung einbezogen werden. Gewährte Eingliederungshilfen (Leistungen nach dem HHG, Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat und ähnliche Sozialleistungen) sind anzurechnen.
2. Diejenigen, die zu einem bestimmten Stichtag ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der ehemaligen DDR hatten, erhalten ein zusätzliches "Startgeld". Diese Opfer sind erst jetzt, im geeinten Deutschland vom auch nach der Inhaftierung fortwirkenden Makel der politischen Unzuverlässigkeit befreit und können mit ihrer Rehabilitierung erstmals unbelastet ihre Lebenspläne verwirklichen.

Dieses Modell wird Artikel 17 des Einigungsvertrages gerecht, ist verfassungsrechtlich unbedenklich und läßt sich in die politische Absichtserklärungen des Deutschen Bundestages einordnen. Zur Finanzierbarkeit unseres Gegenmodells könnte vorgesehen werden, daß im Gesetz der Zeitpunkt und die Reihenfolge der Auszahlung der Entschädigung nach den Gesichtspunkten der sozialen Dringlichkeit (Altersstafel, Wohnsitz ehemalige DDR) festgelegt wird.

Es bleibt zu hoffen, daß die Bundesregierung ihr die Aussöhnung im geeinten Deutschland gefährdendes Konzept aufgibt und den Konsens aller demokratischen Parteien in dieser so wichtigen Frage sucht.

(-/1. Juli 1991/st/fü)

Bundesregierung spart Forschung kaputt
Es fehlt am politischen Willen

Edelgard Bulmahn MdB

Stellvertretende forschungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Um das Niveau von 82 zu halten, müßten die Ausgaben des BMFT 2,23 Milliarden DM höher liegen.

Die stellvertretende forschungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion erklärt zu dem forschungspolitischen Streichkonzert der Bundesregierung:

Nach den bisherigen Planungen soll der Haushalt '92 des BMFT noch unter den in der Finanzplanung vorgesehenen 8,8 Milliarden DM liegen. Die Bundesregierung hält damit an ihrem Sparkurs in der Forschungspolitik fest. Seit 1982 sind die real zur Verfügung stehenden Mittel des BMFT um 5,6% gesunken. Und dies obgleich der sich verschärfende internationale Technologiewettbewerb, die wachsenden Umweltprobleme und nicht zuletzt der Aufbau einer leistungsfähigen und ausgewogenen Forschungslandschaft in Ostdeutschland dynamisch steigende Forschungsausgaben erfordern. Die Folgen: Kahlschlag im Osten, pauschale Kürzungen im Westen. Allein die Lieblingsspielzeuge der Bundesregierung, die Projekte der bemannten Raumfahrt, sollen mit wachsenden Milliardenbeträgen bedacht werden. Zugleich bleiben die Ausgaben des BMFT für Rüstungsforschung auf Rekordniveau. Diese Politik der Bundesregierung ist kurzsichtig und nicht verantwortbar. Sie setzt die Zukunft unseres Landes leichtfertig aufs Spiel. Der ohnehin nur halbherzig betriebene Aufbau der Forschungslandschaft in den Neuen Bundesländern darf nicht zum Ausbluten der westdeutschen Forschungslandschaft führen. Die Forschungspolitik muß wieder verlässlich und berechenbar werden. Die Mittel im Forschungshaushalt müssen deutlich um 1-1,5 Milliarden DM erhöht werden. Sollte dies dem BMFT im Kabinett nicht gelingen, muß der Forschungsausschuß ggf. in der Sommerpause zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Die Aufstockung des BMFT-Haushaltes ist u.a. durch Übertragung von Forschungsmitteln aus dem Verteidigungshaushalt zu finanzieren.

Drastischer Bedeutungsverlust des BMFT-Haushaltes

In einer beispiellosen Weise mißbraucht die Bundesregierung den Forschungshaushalt seit Jahren als Sparschwein. Von 1982 bis 1991 stieg der BMFT-Haushalt nominal um ganze 21,8%. Real - unter Berücksichtigung der seit 1982 eingetretenen Preissteigerungen - schrumpften die Haushaltsmittel sogar um 6,4%. Noch drastischer zeigt sich die Vernachlässigung der Forschungspolitik, wenn man die Entwicklung der realen Pro-Kopf-Ausgaben des BMFT betrachtet. Sie gingen von 121 DM 1982 auf knapp 89 DM in diesem Jahr zurück. Nur um das Niveau der Forschungsausgaben von 1982 zu halten, hätte mithin der Forschungshaushalt in diesem Jahr um 2,23 Milliarden DM höher ausfallen müssen. Angesichts dieser Entwicklung entpuppen sich alle Hymnen der Bundesregierung auf die herausragende Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die Behauptung im internationalen Wettbewerb, für die Lösung der drängenden ökologischen Fragen und die Verbesserung der Lebensbedingungen als hohle Sprüche, als Seifenblasen.

Nicht die Mittel fehlen, sondern der politische Wille

Land auf, Land ab, erhalten Antragsteller/innen auf Projektfördermittel des BMFT in Westdeutschland die lapidare Auskunft, das Projekt könne angesichts des engeren Finanzspielraumes des Staates leider nicht gefördert werden. In dieser Pauschalität ist diese Begrün-

dung allerdings schlichtweg Unfug. Ausschlaggebend für die Kürzungen sind nicht die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel des Bundes, sondern die verfehlte Prioritätensetzung in der Forschungspolitik mit der Betonung der Raumfahrt und der militärischen Forschung. So sind die Ausgaben für die Weltraumforschung von 1982 bis 1991 um 124,2%, diejenigen des Verteidigungsministeriums für seine überzogenen Projekte der militärischen Forschung um 73,9% gestiegen. Diese Prioritätensetzung ist nicht nur forschungspolitisch verfehlt. Sie ist volkswirtschaftlich unsinnig und riskant. Alle neueren wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß hohe Forschungsaufwendungen für Rüstung und Raumfahrt negativ mit der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt korrelieren. Die Bundesregierung verspielt mit Ihrer Forschungspolitik schlichtweg die wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Landes.

Streichungen und Kürzungen statt forschungspolitisch nötigem Kurswechsel

Wider besseres Wissen ist die Bundesregierung jedoch nicht bereit, einen forschungspolitischen Kurswechsel zu vollziehen. Stur hält sie an ihren verfehlten Weltraum- und Rüstungsprojekten fest, statt die Mittel für volkswirtschaftlich ertragsreichere, wissenschaftlich, ökologisch und sozial sinnvollere Projekte umzuschichten und zugleich den BMFT-Haushalt entsprechend der gestiegenen Anforderungen deutlich zu erhöhen. Sie befindet sich damit in einer deutlichen Sackgasse. Sie muß im Westen kürzen und streichen, um im Osten überhaupt noch etwas geben zu können. "Es wird zu Verlagerungen in der Projektförderung in die Neuen Bundesländer kommen müssen. Hiervon werden Wirtschaft und Hochschulen, aber auch Fraunhofer-Gesellschaft und Max-Planck-Institute betroffen sein," führte der Parlamentarische Staatssekretär Bernd Neumann in diesem Zusammenhang in Beantwortung meiner Parlamentarischen Anfrage aus.

Was diese Verlagerungen bedeuten, läßt schon ein Blick auf die nackten Zahlen ahnen. Zwischen 500 und 600 Mio. DM von insgesamt ca. 3,4 Milliarden DM an Projektfördermitteln sollen dieses Jahr in die ostdeutschen Bundesländer fließen. Hieraus ergibt sich eine durchschnittliche Kürzung der Projektmittel um 15-18%. Die generelle Förderquote soll zugleich auf 75% begrenzt werden. Die Projektförderung von institutionell geförderten Instituten soll auf "begründete Ausnahmefälle" beschränkt werden. Als Trostpflaster werden abgewiesene Antragsteller/innen auf die Möglichkeit der Beantragung von EG-Mitteln verwiesen. Selbst bereits genehmigte und in Angriff genommene Projekte bleiben vom Streichkonzert der Bundesregierung nicht verschont. Geradezu makaber ist es, wenn Antragsteller/innen zur Gründung von Briefkastendependenzen in Ostdeutschland verwiesen werden, um dennoch gefördert zu werden. Es sei ja bekannt, daß die betreffende Institution gute Kontakte zu entsprechenden Einrichtungen in den neuen Bundesländern unterhalte, deshalb empfehle sich, mit den dortigen Ansprechpartnern die Beantragung eines Verbundvorhabens zu erörtern, in dessen Rahmen dann das ursprünglich beabsichtigte Vorhaben eingeschlossen werden könnte.

Die von der Bundesregierung verfügte generelle Kürzung der Projektfördermittel in den alten Bundesländern ist unverantwortlich und nicht hinnehmbar. Sie mißachtet die wissenschaftlich gebotene Kontinuität. Sie führt zu schwerwiegenden Verwerfungen in der Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Bewährte Forschungsteams werden auseinandergerissen, wichtige Themenfelder können nicht mehr bearbeitet werden. Hochmotivierte und besonders leistungsfähige Wissenschaftler/innen werden veranlaßt, ins Ausland abzuwandern. Der beabsichtigte Ausschluß institutionell geförderter Einrichtungen gefährdet selbst bewährte Modelle wie die Fraunhofer-Einrichtungen. Fatale Auswirkungen hätte die Fortführung dieser Politik auch in den Universitäten, für die das BMFT nach der DFG der weitaus größte Drittmittelgeber ist.

Neuordnung der Forschungslandschaft

Auf der Tagesordnung steht nicht nur das Zusammenstreichen der zur Verfügung stehenden Projektfördermittel. In aller Stille hat sich die Bundesregierung an eine Neuordnung der Forschungslandschaft gemacht. Zwar führte der Parlamentarische Staatssekretär im BMFT,

Bernd Neumann, auf eine entsprechende Parlamentarische Anfrage meinerseits nach der Zielsetzung und den Kriterien, anhand derer die Bundesregierung die Neuordnung vornehmen will, aus: "Die Forschungslandschaft der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten in den alten Bundesländern erfolgreich entwickelt. Es steht deshalb keine Neuordnung an, vielmehr geht es gerade darum, die in den alten Ländern bewährten Methoden und Programme der Forschungsförderung und die institutionelle Differenzierung auch in den neuen Bundesländern einzuführen." BMFT-intern heißt es hingegen klipp und klar: "Die Neuausrichtung der deutschen Forschungslandschaft, bedingt durch die Wiedervereinigung Deutschlands, erfordert eine Überprüfung aller Forschungskapazitäten in West- und Ostdeutschland. Dabei ist es notwendig, generell zugunsten ostdeutscher Forschungseinrichtungen den westdeutschen Forschungseinrichtungen einen Solidarbeitrag aufzuerlegen. Zur Integration ostdeutscher Forschungseinrichtungen müssen die westdeutschen Forschungseinrichtungen generell ihre Kapazität straffen."

Straffen heißt für die Bundesregierung kürzen. Betroffen von diesem Streichkonzert der Bundesregierung sind vor allem die Großforschungseinrichtungen. "Die Überprüfung von GFE-Kapazitäten in den alten Bundesländern ist" - so das BMFT - "notwendiger Beitrag zu einer ausgeglichenen Forschungslandschaft im vereinten Deutschland." Den Vorstellungen des BMFT zufolge soll der Personalbestand dieser Einrichtungen im Bundesmittel um 20% innerhalb der kommenden zehn Jahre gekürzt werden. Einzelne Standorte sollen bis zu 30% ihres jetzigen Personalbestandes verlieren. Zusammengestrichen werden soll auch die institutionelle Förderung der Großforschungseinrichtungen. Das BMFT diskutiert zur Zeit Streichungen in Höhe von 10-15% ab 1993.

Da das BMFT die industrienahe Forschung anscheinend für gescheitert hält, soll die industriebezogene Technologieentwicklung - insbesondere auf dem Gebiet der Schlüsseltechnologien - in den Großforschungseinrichtungen bis auf besonders begründete Einzelfälle ganz gestrichen werden. Zur Disposition steht auch der Ausbau der Vorsorgeforschung in den Großforschungseinrichtungen. Zukünftige Aufgaben für die Großforschungseinrichtungen sieht die Bundesregierung allem Anschein nach nur noch in der mit Großgeräten betriebenen Grundlagenforschung und im Bereich der Energieforschung sowie in den sogenannten Langzeitprogrammen (z. B. Raumfahrt).

Konsens über den künftigen forschungspolitischen Kurs herstellen

Derartig weitreichende Änderungen in der Forschungslandschaft können nicht im Stillen, in internen Gesprächen mit den Leitungen der Forschungseinrichtungen oder schlichtweg durch die Kürzung von Mitteln vollzogen werden. Zielsetzungen und Kriterien müssen öffentlich erörtert werden. Unglaublich ist es, daß die Bundesregierung wieder einmal das Parlament ausgespart hat. Obgleich im BMFT forschungspolitische Grundsätze zur Konzentration der GFE-Aufgaben in der zukünftigen Forschungslandschaft erarbeitet wurden, wurde der zuständige Ausschuß hierüber bisher nicht informiert. Die Debatte über die künftige Forschungspolitik ist mehr als überfällig. Wir brauchen einen Konsens über den forschungspolitischen Kurs in den nächsten Jahren, über Zielsetzungen, Schwerpunkte und Instrumente.

Die Bundesregierung muß ihren skandalösen Kurs in der Forschungspolitik aufgeben. Eine aktive Forschungspolitik erfordert ausreichende Haushaltsmittel und andere Schwerpunktsetzungen. Sie muß sich an den Herausforderungen unserer Zeit - wie die Bewältigung der globalen Umweltprobleme und der Probleme in den Ländern der Dritten Welt - orientieren, die ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft vorantreiben, zur Schaffung gleichwertiger Arbeits- und Lebensbedingungen in Gesamtdeutschland beitragen und mehr Gewicht auf den Erhalt der technologischen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik legen.

(-/1. Juli 1991/st/ks)

Anhang

¹ Zugrundegelegt wurde die Preisentwicklung des Sozialprodukts in Preisen von 1985

Viel Vertrauen für die Regierung Scharping

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident liegt seit 1988 bei den regionalen Infas-Umfragen an der Spitze der Landespolitiker

**Von Herbert Bermeltinger
Sprecher der rheinland-pfälzischen Landesregierung**

Die nach dem sozialdemokratischen Erdrutschsieg installierte Landesregierung von SPD und FDP, geführt vom bisherigen Oppositionsführer Rudolf Scharping, hatte in mehrfacher Hinsicht einen guten Start: dem Wahntag 21. April folgten zügige Koalitionsverhandlungen mit FDP und Grünen, nach genau vier Wochen, zum 21. Mal, wurde Rudolf Scharping zum Ministerpräsidenten gewählt und nach weiteren vier Wochen liegt die erste regionale Meinungsumfrage vor, die überzeugend darlegt, daß bei der Wählerschaft das am 21. April erworbene Vertrauen noch weiter ausgebaut wurde. Rudolf Scharping konnte seine Sympathiewerte, die ihn schon seit Sommer 1988 an der Spitze der rheinland-pfälzischen Politiker zeigen - damals lag er sogar vor Ministerpräsident Bernhard Vogel - von ein Prozent plus im vierten Quartal 1990 und 1,3 Prozent plus vor den Wahlen auf nunmehr 1,6 Prozent plus (!) steigern. Den Landesvorsitzenden des Koalitionspartners FDP, Rainer Brüderle, im alten und neuen Kabinett stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister, wuchsen ebenfalls positive Werte zu von 0,5 über 0,6 auf nunmehr 0,8.

Bei der CDU-Spitze, nach der Mandatsniederlegung des bisherigen Ministerpräsidenten Carl-Ludwig Wagner, allein verkörpert vom Landes- und Fraktionsvorsitzenden Hans-Otto Wilhelm, tat sich das Gegenteil. Der heutige Oppositionsführer, der Carl-Ludwig Wagner zum 'Regierungschef mit Verfalldatum' machte, um ihn nach eineinhalb Jahren zu "beerben", machte vom ersten zum zweiten Quartal 1991 einen tiefen Sturz: von 0,9 Prozent plus auf 0,9 Prozent minus (!), was aufzeigt, daß er in der Wählerschaft der Union gewaltig an Vertrauen verloren haben muß. Wie es um die Vertrauensbasis bei den aktiven Mitgliedern der CDU bestellt ist, wird Wilhelm im Herbst erfahren, nachdem er angekündigt hat, dort die Vertrauensfrage stellen zu wollen.

Kohls Ansehen gesunken

Infas hat die Umfrage auch zum Anlaß genommen, nach dem Ansehen und der Kompetenz der Bundesregierung zu fragen. Die Ergebnisse müssen Bonn zu denken geben. 55 Prozent der von Infas Befragten meinen nämlich, daß die Bonner Koalition ihre Aufgaben "eher schlecht" oder "schlecht" bewältigt, ganze 44 Prozent stellen ihr das Zeugnis "eher gut" oder "gut" aus. Über die Hälfte der befragten Wählerinnen und Wähler - 54 Prozent - halten derzeit den Pfälzer Helmut Kohl für keinen guten Bundeskanzler, 39 Prozent sagten das Gegenteil und sieben Prozent wollten sich nicht festlegen. Als Alternative sehen 60 Prozent der befragten Rheinland-Pfälzer den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten und neuen SPD-Vorsitzenden Björn Engholm an, lediglich 37 Prozent wollen Kohl weiterhin als Kanzler sehen und drei Prozent enthielten sich.

Die regionalisierten Infas-Umfragen in Rheinland-Pfalz sind von keiner Partei und von keiner Regierungsstelle in Auftrag gegeben worden, sondern von der Ludwigshafener Tageszeitung "Die Rheinpfalz", die die Ergebnisse vierteljährlich veröffentlicht.

(-/1. Juli 1991/rs/ks)
